
836/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 23.09.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Elisabeth Pfurtscheller Dipl.-Kffr (FH), Mag. Meri Disoski,
Kolleginnen und Kollegen

Betreffend: Frauengesundheit: Brustkrebsfrüherkennung während der Corona-Krise

In Österreich erkrankten jährlich rund 4.600 Frauen an Brustkrebs und etwa 1.500 sterben an den Folgen der Krankheit. Das bundesweite Brustkrebsfrüherkennungsprogramm „früh erkennen“ startete in Österreich im Jänner 2014 und ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Sozialversicherung, Ländern und Österreichischer Ärztekammer. Damit wurde ein qualitätsgesichertes Programm eingeführt. Ein solches Screening gilt derzeit als die verlässlichste Methode zur Früherkennung von Brustkrebs.

Es brachte mehr Qualität bei den Mammografie-Untersuchungen und ein bundesweit einheitliches Einladungssystem. Zum ersten Mal gibt es damit in Österreich ein systematisches und standardisiertes Brustkrebs-Früherkennungsprogramm. Eine Erfolgsgeschichte.

Während der Zeit der coronabedingten Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr 2020 wurde das Einladungsmanagement für das Brustkrebs-Früherkennungsprogramm vorübergehend ausgesetzt. Das hatte zur Folge, dass nach Angaben von Experten 40% weniger Mammakarzinome neu entdeckt wurden. Ein Teil der Untersuchungen konnte schon aufgeholt werden. Die Zahlen liegen aber weit unter jenen des Vorjahres.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Doch nicht nur die Früherkennung war von den coronabedingten Ausgangsbeschränkungen betroffen. Therapien und Nachbetreuungen wurden ebenso ausgesetzt oder verschoben. Solche Situationen, in welchen die Früherkennung ausgesetzt war, gilt es daher künftig unbedingt zu vermeiden.

Angesichts der derzeit steigenden Covid-19-Zahlen in Österreich und der damit einhergehenden Beschränkungen für die gesamte Gesellschaft, Wirtschaft und zu erwartende neuerliche Belastung der Gesundheitseinrichtungen, muss die Frauengesundheit trotzdem oberste Priorität haben.

Überdies findet jährlich am 1. Oktober der „internationale Brustkrebstag“ statt, der den Brustkrebsmonat in das öffentliche Bewusstsein rückt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der zuständige Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, in enger Kooperation mit den Bundesländern, die Qualität der medizinischen Angebote für Frauen insbesondere das Brustkrebsfrüherkennungsprogramm unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wird die Bundesministerin für Frauen und Integration im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz aufgefordert, auch in Zeiten gesundheitspolitischer Herausforderungen, Frauengesundheit weiterhin zu forcieren.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuss vorgeschlagen.